

Aus der Bahn?

Die Union nach der Berliner Wahl

Da es niemand voraussagte, wurde das Berliner Wahlergebnis zur Sensation. Daß eine Koalition abgelöst wurde, von der im Wahlkampf noch bis zu 80 Prozent der Berliner glaubten, sie würde die Wahl gewinnen, war wirklich Überraschung genug. Und daß die Republikaner, die bis in den Wahlkampf hinein vielen Berlinern so gut wie unbekannt waren, aus dem Stand auf 7,5 Prozent kommen würden, wer wollte das schon vermutet haben. Projiziert man freilich das Ergebnis auf die Struktur der Berliner Bevölkerung und ihre Lebensverhältnisse, dann drückt es eher eine Normalität aus. Berlin ist nicht nur großstädtisches Inseldasein. Berlin stellt eine Bevölkerung, die auch als deutsche Bevölkerung – vom Ausländerproblem ganz abgesehen – ein sehr buntes Gemisch von sozialen Situationen und Lebensstilen bildet, wie es sonst keine deutsche Großstadt aufweist. In einer Bevölkerung mit sozialen Brennpunkten wie Kreuzberg und stark sozialdemokratischen Traditionen, die zunehmend vom Lebensstil neuer sozialer Bewegungen abgelöst werden, war die Vorherrschaft der CDU in den letzten Jahren eher die *erstaunliche Ausnahme*. Auch das Hochkommen der Republikaner als Sammelbecken für im weitesten Sinn national gesinnte Protestwähler aus dem frustrierten Kleinbürgertum, die sich am hohen Ausländeranteil reiben, ist so verwunderlich nicht. Eher überrascht schon, daß die Republikaner bei den Erstwählern beträchtlichen Zulauf hatten. Aber auch da dürfte der soziale Hintergrund einer politisch weithin freischwebenden Jugend eine Rolle gespielt haben.

Da das Ergebnis sozusagen aus heiterem Himmel kam, ist niemand erstaunt, wenn die großen Volksparteien – besonders gilt das für die Unionsparteien, die SPD kann sich mit dem Stimmenzuwachs von ca. 5 Prozent

einstweilen über ihre in Berlin ganz und gar nicht komfortable Situation hinweghelfen – in *Ratlosigkeit* verfallen. Dennoch fragt man sich, wie es um Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen in den demokratischen Parteien und speziell in den Unionsparteien bestellt sein muß, wenn man sich schon durch ein regionales Wahlergebnis so sehr aus der Bahn geworfen fühlt, daß man meint, Opportunismus als Standfestigkeit verkaufen zu sollen. In den Wochen nach der Berlinwahl hatten so manche in den Unionsparteien nichts Eiligeres zu tun, als neue Strategiedebatten zu fordern und die angepeilte Strategie durch Entgegenkommen gegenüber den Republikanern bereits vorwegzunehmen, anstatt die Herausforderung durch diese anzunehmen und die Hauptgründe zu klären, die den Republikanern Stimmen zugeführt hatten. Insbesondere die CSU, aber auch Teile der CDU, leisteten ein *Übersoll an Formulierung nationalkonservativer und kaum verdeckt fremdenfeindlicher Parolen*, um damit, wie sie meinten, den Republikanern das Wasser abzugraben. Gerade die CSU müßte gewarnt sein. Die bayerischen Landtagswahlen waren der Auftakt für die Republikaner. Die Straußsche CSU hatte damals alles getan, um durch die Übernahme nationalkonservativer Parolen den Republikanern Wind aus den Segeln zu nehmen und hatte sie damit erst hoffähig gemacht. Wenn die Unionsparteien nach Berlin wirklich mit sich zu Rate gehen wollen, dann werden sie zunächst einmal das Wahlergebnis in einem Punkt genau analysieren und bei der Frage ansetzen müssen, wie weit das politische Profil der Union – in dem Fall speziell in Berlin, aber nicht nur dort – und das Empfinden für die sozialen Bedürfnisse einer von sozialen Problemen verschiedenster Art umgetriebenen Bevölkerung auseinanderliegen. Wer arbeitslos ist, wer eine Wohnung sucht und keine findet, dem ist mit Hochglanzkultur, die eine Regierung beim wohlhabenden Bürgertum durchaus populär machen kann, nicht gedient. Dies scheint im Berliner Jubiläumstaukel der letzten zwei Jahre übersehen worden zu sein. Mit einer die ganze Partei einschlie-

ßenden Kurskorrektur in diesem Punkt dürften die Unionsparteien sehr viel mehr Wähler von rechts wie aus der Mitte zurückgewinnen als durch verharmlosende Anbiederung an radikal-nationale Elemente. Opportunistisches Einschwenken auf radikalnationale Parolen würde den Unionsparteien nicht nur keine Wähler wieder zuführen, sondern sie gerade den Stammwählern entfremden, die ihr Rückgrat bilden: die sozial und liberal orientierten christlichen. se

Protest

Zur „Kölner Erklärung“ deutschsprachiger Theologen

Mit dem Echo konnten Verfasser und Unterzeichner zufrieden sein. Die „Kölner Erklärung“ deutschsprachiger Theologen „Wider die Entmündigung – für eine offene Katholizität“ (vgl. ds. Heft, S. 127) hat weit über den deutschen Sprachraum hinaus Beachtung gefunden. Sie hat sogar in anderen Ländern, z. B. in Spanien, wo die Leitung der Bischofskonferenz meinte, den Papst gegen die Kritik deutschsprachiger Theologen in Schutz nehmen zu müssen, zu öffentlichen Kontroversen geführt. Auch eine größere Zahl französischsprachiger Theologen stellte sich in einem knappen Schreiben an ihre Episkopate hinter *das Anliegen* der „Kölner“. Die beschwichtigende Erklärung des Vatikansprechers *Joachim Navarro Vals*, es handle sich bei der Stellungnahme um ein „lokales Ereignis“, war nicht lange zu halten. Dies zeigte sich schon daran, daß der Papst in einem Hintergrundgespräch mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz sich nicht nur über die kirchliche Situation in der Bundesrepublik allgemein, sondern über die „Kölner Erklärung“ speziell informieren wollte.

Daß die Initiatoren trotz Unterschriftenaktion praktisch bis zur Sperrfrist dorthalten konnten, war eindrucksvoll – auch wenn dies letztlich mehr Nach- als Vorteile brachte. Das Gerücht, mehrere Unterzeichner hätten

ihre Unterschrift bereits in den ersten Tagen nach der Veröffentlichung wieder zurückgezogen, konnte die Initiatoren auch kaum irritieren. Es spiegelte mehr ein Problem der deutschsprachigen Jesuitentheologen, die sich ziemlich einmütig dafür entschieden hatten, nicht zu unterzeichnen, obwohl einige doch unterzeichneten und einer von ihnen auch zur Verfassergruppe gehörte.

Mit Gegenkritik war zu rechnen. Daß ihnen aber bei aller Ablehnung des Stils und mancher Argumentationsweisen („pauschale Darstellung“, „Schlagworte“, „vorschnelle Wertungen“) selbst der Vorsitzende der Bischofskonferenz attestierte, sie würden „schwierige Themen“ aufgreifen, mußte nicht unbedingt als Widerlegungsversuch in der Sache gewertet werden. Daß selbst aus der Erzdiözese München mehr Zustimmung und Kritik an der Form als Ablehnung in der Sache zu hören war, konnte mit Interesse registriert werden. Daß ein Prominenter unter den Theologen, *Walter Kasper*, die „Kölner Erklärung“ nach Form und Inhalt sehr viel schärfer ablehnte als der durch die Theologen in einige Verlegenheit gebrachte Konferenzvorsitzende der Bischöfe, wurde eher mit Schmunzeln registriert und in erster Linie auf die in diesem Fall speziellen Tübinger Verhältnisse zurückgeführt. Und mit dem noch in Berlin abgegebenen Seitenhieb Kardinal *Meisners* auf Christen, die aus lauter Hybris jedes Maß verloren hätten und „sich Theologieprofessoren nennen“, werden die Angesprochenen – jedenfalls einstweilen – ebenfalls leben können. Die *breite Zustimmung unter katholischen Laien*, die sich um den inneren wie um den äußeren Zustand der Kirche Sorgen machen, wirkte da schon realitätsnäher.

Eine „vertane Chance“ (Kasper) war die „Kölner Erklärung“ also wohl nicht. Wer mit öffentlicher Kritik etwas erreichen oder wenigstens gehört werden will, muß auch *zugespitzt* argumentieren können; Differenzierung nach allen Seiten verschleiert nur die Dringlichkeit einer Lösung anstehender wirklicher Probleme. Zudem enthält die Theologenerklärung in ihrer

gerafften und wenig systematischen Form nichts, was in den letzten Jahren und Monaten nicht in vielerlei kirchennahen Publikationen beschrieben und kommentiert worden wäre.

Dennoch steht sich die Erklärung in mehreren Punkten *selbst im Wege*, und die Hauptinitiatoren haben einiges dazu beigetragen, daß die Wirkung nicht noch stärker war. Sowohl im Ton wie in der Argumentation entspricht die „Kölner Erklärung“ nicht gerade höchsten Ansprüchen. Auch in der Sache harte Kritik, die angesichts vieler Vorgänge der jüngsten Zeit notwendig und der Kirche als ganzer eine Hilfe ist, kann verbindlich formuliert sein, ohne an Deutlichkeit zu verlieren. Diese „Verbindlichkeit“ fehlt der Erklärung weitgehend. Dadurch kommt ein eher unguter Ton hinein.

Und zur Argumentation: Die Erklärung argumentiert gerade im zentralen Teil, wo es um das Verhältnis Lehramt–Gewissen mit dem „*Humanae vitae*–Syndrom“ als Hintergrund geht, viel zu andeutungsweise, um die dortige Problematik der Zuordnung von Lehramt und Gewissen einerseits und der theologischen Überhöhung der moralischen Frage der Kontrazeption andererseits (vgl. ds. Heft, S. 125) wirklich verständlich machen zu können. Dabei ist jene Ansprache, auch in der Art, wie sie Darstellung des Verhältnisses von Lehramt und Gewissen auf den Art. 16 von „*Gaudium et spes*“ stützt, so widersprüchlich, daß es Ordinarien der Theologie nicht hätte schwerfallen dürfen, sie auch in einem gerafften Protestpapier dingfest zu machen.

Aber nicht nur die Argumentation, auch die *Vorgangsweise* war nicht in jeder Weise glücklich. Es hätten wohl noch mehr Personen unterschrieben, wäre der Text überhaupt und rechtzeitig allen theologischen Lehrern im deutschen Sprachraum zugegangen. Und es hätte der Wirkung des Papiers sicher bekommen, hätten sich einige kirchlich eher als Außenseiter bekannte Theologen bei der Aktion zurückgehalten. Oder sind gestandene und in ihrer Position unumstrittene Ordinarien zu solchen Initiativen nicht bereit?

Und schließlich ist die Frage zu stellen: Was bewirkt Theologenprotest für sich genommen? Hätte es nicht mehr Sinn gegeben, sich mit Vertretern anderer Fakultäten und katholischen Laien aus den verschiedensten Lebensbereichen zusammenzutun, um der gegenwärtig nicht geringen Unruhe im Kirchenvolk Ausdruck zu geben? In einigen Pressekommentaren zur „Kölner Erklärung“ ließ sich gut ablesen, wie leicht in arbeitsteilig und professionalisiert gesteuerten Gesellschaften auch Theologen unter der Rubrik Interessengruppen abgelegt werden können. Bei den Vorgängen, die in der Erklärung kritisiert werden, geht es gewiß direkt (kirchliche Lehrerbildung) oder indirekt auch um Theologen und Theologie, davon betroffen ist aber in seinem Selbstverständnis als Katholiken das gesamte Kirchenvolk. se

Unmut

Vorstoß für das Papstwahlrecht der über achtzigjährigen Kardinäle

Dem „*Corriere della Sera*“ war der Vorgang immerhin einen „Aufmacher“ auf der ersten Seite wert (22. 1. 89), hiezulande wurde er kaum zur Kenntnis genommen: Kurz vor Weihnachten letzten Jahres richteten zehn Kardinäle einen Brief an Johannes Paul II., in dem sie den Papst darum baten, die über achtzigjährigen Mitglieder des Kardinalskollegiums wieder zur Papstwahl zuzulassen. Paul VI. hatte in dem *Motu proprio* „*Ingravescentem Aetatem*“ vom 21. November 1970 (vgl. HK, Januar 1971, 5–7) bestimmt, daß Kardinäle mit vollendetem achtzigstem Lebensjahr das Recht zur Teilnahme an der Papstwahl verlieren. Damals betraf die Bestimmung 25 von insgesamt 127 Mitgliedern des Kardinalskollegiums; derzeit sind von den 160 Purpurträgern vierzig über achtzig Jahre alt.

Der Wunsch der zehn Kardinäle (sieben von ihnen gehören zu den Betroffenen) ging nicht in Erfüllung. Johan-